

Eskalation zum „Totalen Krieg“?

Vernunft, Ethik der Friedenserhaltung und der allgemeine Waffentaumel

GRUNDSÄTZLICH stehen sich im Ukraine-Krieg gegen die unrechtmäßige russische Aggression und Invasion von außen betrachtet zwei Einstellungen und Haltungen gegenüber: die eine will Leben retten und eine Nation erhalten durch Einsatz von Waffenmitteln, den sie bisher als defensiven erklärt und nimmt in Kauf, dafür andere Menschen zu töten. Die andere lehnt dies prinzipiell als zu hohen Preis ab, dass zu diesem Zweck andere Menschen gezielt getötet werden. Sie kann ihre Alternative eines zivilen gewaltfreien Widerstands als *unmilitärische* „soziale Verteidigung“ zur Bewahrung der Nation gegenüber der Position der Waffengewalt für diese nicht glaubhaft ins Spiel bringen, um Menschenleben auf beiden Seiten zu schonen und sich dennoch nicht dem Gegner zu unterwerfen. Das ist das gegenwärtige, offenbar nicht zu vermittelnde und lösende Dilemma.

UM diesen Gegensatz herum gruppieren sich beinahe alle anderen Aspekte, Phänomene und Akte des Ukraine-„Fünfkriegs“ als militärischem, politischem, wirtschaftlichem, psychologischem und ideologischem Krieg, in den der Westen sich immer tiefer verstrickt. Der Begriff Fünfkrieg, der jeden modernen Krieg als einen „totalen“ zivil-militärischen beschreibt, stammt von dem Philosophen und Friedensdenker Nikolaus Koch (1912-1991). Er definierte und verwandte ihn erstmals in seiner 1951 erschienenen Schrift „Die moderne Revolution. Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes“. In der Kleinschrift „Kriegsdienst-Friedensdienst“ benannte Koch in fünf Kapiteln konkret die Merkmale und Inhalte der *„friedenschaffenden Selbsthilfe im modernen Fünfkrieg“*. Die für heute noch immer beispielhafte und richtungsweisende Konzept-Arbeit war erstmals nach 1945 das Ergebnis vieler Diskussionen und Erörterungen unter Pazifist:innen und Kriegsgegner:innen der Möglichkeiten, Gandhis erfolgreiche gewaltfreie Revolution gegen das koloniale britische Empire in Indien auch auf die deutsche Situation zu beziehen und anzuwenden.

DAS schon einmal an dieser Stelle genannte, sorgfältig erarbeitete Infoblatt „Gewaltfreie Alternativen zu Krieg und Rüstung“ des Bundes für Soziale Verteidigung ist Ausdruck des Ansatzes, die „Forschung über Zivilen Widerstand / Soziale Verteidigung“ konkret „als Option für die Ukraine und ganz Europa“ zu beschreiben. Es werden – ohne dass die organisierte Soziale Verteidigung explizit an Kochs bedeutende Pionierarbeit zur *unmilitärischen Verteidigung* und *gewaltfreien Selbsthilfe* in den 1950er Jahren anknüpft – Bedingungen formuliert für einen Erfolg gewaltfreien Handelns, die in der Ukraine im Ansatz als gegeben angesehen werden.

DER Begriff „soziale Verteidigung“ (SV) entstand sowohl aus historischer Aufarbeitung von politischen Beispielen, die bis in die 1920er Jahre und zur Gandhi-Revolution zurückreichen als auch aus der theoretischen Konzept-Arbeit und praktischen Aktionsforschung an diesem Komplex im Wesentlichen durch vier ihrer wichtigsten Theoretiker: Johan Galtung (Norwegen), Gene Sharp und Adam Roberts (England) und Theodor Ebert (Deutschland-West). Galtung unterschied zwischen territorialer und sozialer Verteidigung und fragte, *„wie bzw. was denn verteidigt werden sollte. Soziale Verteidigung wurde verstanden als Verteidigung der Lebensweise [und von Werten, d. Verf.] und das mit gewaltlosen Methoden. Die historischen Erfahrungen mit gewaltlosem Widerstand wurden systematisch aufgearbeitet und vor allem auf die Bedrohungsszenarien von Invasion, Putsch und totalitärer Diktatur übertragen...“* (Barbara Müller: „Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung“, in: „Politik von unten...“, 1997, S. 92).

DER vor 85 Jahren 1937 in Stuttgart geborene Politikwissenschaftler und Friedensforscher Theodor Ebert („Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg“, 1968/70), Mitglied in der deutschen Sektion des Internationalen Versöhnungsbunds, der in Berlin Politologie lehrte, verfasste zahlreiche einschlägige Bücher und Artikel zum Thema und ist Gründer, Herausgeber und langjähriger Schriftleiter der Vierteljahresschrift „*gewaltfreie aktion*“ (ab 1968, inzw. eingestellt).

Kurz in Stichworten nennt das SV-Papier:

- direkte Ansprache der gegnerischen Soldat:innen, da die meisten Ukrainer:innen auch russisch sprechen...;
- Gemeinsamkeiten finden durch biografische und familiäre Bindungen vieler Menschen zu beiden Ländern (Arbeits- und Studienaufenthalte, gemischte Familien) contra Dämonisierung und Propaganda...;
- an Erfahrungen mit gewaltfreiem Widerstand anknüpfen, Bsp. die demokratische „Orange Revolution“ von 2004, „Euromaidan“ 2014...;
- Kriegsziele des Gegners, die Kooperation erfordern, bieten Ansatzpunkte für Widerstand...;
- international gegebene Unterstützung...;
- Unterstützung im angreifenden Land trotz Nachrichtenblockaden, die Wahrheit über den Krieg für die Gegenseite erfahr- und einsehbar machen...;

(Download des 2-seitigen Infoblatts über: www.soziale-verteidigung.de).

EIN weiteres Problem kommt bei uns hinzu: die eine Seite verschafft sich massiv Gehör in der deutschen Öffentlichkeit, votiert und agiert für „Verteidigungskrieg“ mit immer mehr und nun auch Angriffswaffen, unterstützt von Medien und allerlei bemühten „Expert:innen“. Die andere wird gar nicht erst als pazifistische Kritik und Möglichkeit in den Diskurs miteinbezogen und zugelassen. Sogar die Präsidentin der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Prof. Nicole Deitelhoff, stimmt in den breiten Tenor für den Waffenkrieg, für Waffenlieferungen etc. mit ein. Zumindest widersprach sie dieser Haltung nicht aus friedenswissenschaftlicher und historisch kritischer Sicht auf die Hintergründe des schweren Waffen-Konflikts, wie man es hätte von der obersten Vertreterin der renommierten Stiftung als seit jeher Verbündete der Friedensbewegung hätte erwarten können und auch müssen (Auftritt in phoenix-Runde vom 5. April). Wir erleben so leider auch ein „Elend“ der kritischen Friedens- und Konfliktforschung hierzulande, die sich zum Teil in eine Art „Gleichschaltung“ der Meinungen pro Krieg hineinziehen lässt und es nicht wagt, „gegen den Strom“ zu schwimmen.

DIE angesprochene Nachkriegssituation war frisch geprägt vom Ergebnis des Zweiten Weltkriegs: Teilung und Konfrontation des Landes in zwei Blöcken. Koch und aktive Mitstreiter organisierten 1952/53 in sog. Verhandlungsgängen das Überschreiten der Zonengrenze im osthessischen Raum bei Witzenhausen in einem friedlichen Akt des zivilen Ungehorsams. Es sollte damit demonstriert und zum Ausdruck gebracht werden, dass es einen friedfertigen Vereinigungswillen in der deutschen Bevölkerung über künstlich geschaffene Grenzen hinweg gibt. Zu einer Zeit, als bereits schon wieder damit begonnen wurde, die beiden Deutschlands militärisch gegeneinander zu formieren. Die drei ehemaligen Westzonen zur BRD, und die frühere Sowjetzone zur DDR. Beide Deutschlands wurden jeweils Teil des neuen West-Ost-Gegensatzes in einem „Kalten Krieg“ und des Wettrüstens und standen sich feindlich gegenüber.

KOCHS Absichten und Bestrebungen fanden ihre weitere politische Konkretion 30 Jahre später in der Vorbereitung und Bildung der „Bürgerinitiative für ein blockfreies Deutschland im blockfreien Europa (BIBE)“. Sie startete im März 1981 in Essen mit einer programmati-

schen Erklärung (später „Manifest für ein blockfreies Deutschland...“) als demokratisch-revolutionärem Aktionsprogramm der „westdeutschen Basisbewegung“, die über einen bloßen Abrüstungs-Appell hinausgehen sollte, denn Koch vertrat die Ansicht, Abrüstungsinitiativen reichten nicht. Es verblüfft, das Manifest-Dokument heute zu lesen, nachdem es vor rund 40 Jahren schon verfasst wurde, wie sehr es im Kern bis in einzelne Ausführungen noch immer für eine Situation wie den jetzigen Krieg in Osteuropa zutrifft. Nur wenig an Formulierungen wäre zu ändern. Es ist enthalten in Nikolaus Kochs dritter „demokratischer Programmschrift“ *Blockfreies Deutschland im blockfreien Europa – Unsere revolutionäre Aufgabe* (1986).

ZU jener Zeit kam es ab 1981 erstmals wieder zu großen Massendemonstrationen und Kundgebungen der neuen Friedensbewegung gegen die Stationierung amerikanischer atomarer Pershing-Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Boden (sog. NATO-Doppelbeschluss), die gegen Ziele in Ländern des Warschauer Paktes einschließlich der DDR und vor allem der Sowjetunion gerichtet waren. Diese wiederum brachte ihre Mittelstreckenraketen SS-20 gegen den Westen in Stellung. Ein unüberwindbar scheinendes atomares Dilemma als „Kriegs- und Katastrophenzwang“ (N. Koch) in einem absehbaren nuklearen Schlagabtausch. Diejenigen, die dagegen ihre Stimme erhoben, demonstrierten mit Kundgebungen in Städten, mit Menschenketten über Land und in gewaltfreien direkten Aktionen und symbolischen Blockaden an den Raketenstandorten z. B. in Mutlangen (b. Schwäbisch Gmünd) und Großengtingen auf der Schwäbischen Alb. Um ihre antimilitaristischen, Antikriegs-, ethischen und Gewissens-Motive zum Ausdruck zu bringen. Bei anderen internationalen gewaltfreien Aktionen drangen Aktivist:innen unerlaubt auf militärisches Gelände vor, um ihren Protest zu manifestieren. Bekannt wurde etwa die „Pflugschar-Aktion“ um die christlichen Brüder und Pater Daniel und Philipp Berrigan. Sie wurden verhaftet, vor Gericht angeklagt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Menschen waren für ihre friedlichen Ziele bereit, dies auf sich zu nehmen und von den Gefängnissen aus setzten sie ihren öffentlichen Protest fort. Philipp Berrigan war aktiver Soldat in Vietnam gewesen.

GANZ anders die heutige Lage in der Ukraine. Russland hat nach einem seit vielen Jahren schwelenden Konflikt mit bisher etwa 40 Prozent der aktiven Kapazitäten seiner Streitkräfte das Nachbarland wider das Völker- und Menschenrecht überfallen und überzieht es mit heftigen Offensiven, ja brutalen Kriegshandlungen zu Land, Wasser und in der Luft. Die Ukraine verteidigt sich so gut sie es mit ihren viel geringeren militärischen Mitteln kann gegen einen vermeintlich waffenmäßig um ein Mehrfaches überlegenen Gegner. Eine David-gegen-Goliath-Konstellation. Das Land gab in der Folge der Epochenwende 1989/90 seinen Status als viertgrößter Atommacht der Welt auf im Tausch gegen sowjetisch-russische Zusicherung voller unabhängiger Souveränität. Die Ukraine hat – ohne NATO-Mitglied zu sein – im Westen Interessen geleitete strategische Unterstützer, die dem bedrängten Land mit beträchtlicher Waffen-, Logistik- und finanzieller Milliardenhilfe auf vielfältige Art zur Seite stehen. Auch Deutschland gehört als NATO-Mitglied dazu, außerdem eine Reihe wichtiger NATO-Länder wie USA, Großbritannien und nicht zuletzt Frankreich, das sich in Präsidentschaftswahlzeiten zurückhält.

DAS eskaliert, verschärft und verlängert die Kriegslage zusätzlich, die so in einem „Abnutzungskrieg“ noch monatelang anhalten und das Land teilweise völlig zerstören könnte. Westliche Länder sind dadurch auf provokante Weise indirekte Kriegsbeteiligte in einem VorWeltkriegs-Szenarium, was sie aber nicht von ihrem Tun abhält. Sie agieren gerade noch einen Strichgrad unterhalb des Kombattanten-Status und „casus belli“. Die Nichteinmischungsklausel der UN-Charta wird dadurch breit unterlaufen. Ein UN-Mandat für ein Ein-

greifen dieser Art gibt es nicht. Die NATO handelt als stärkstes Militärbündnis der Welt auf eigene Faust und maßt sich eine weltpolizeiliche Rolle an. Die UNO ist völlig heraus aus dem Spiel. Die FDP-Vorsitzende des Bundestags-Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, meint darum auch, die UNO müsse im Sinne von Umbau „*umfunktio- niert*“ werden (bei „maischberger“ vom 6. April). „Umfunktio- niert“ in wessen Interesse? Als Motivation wird dabei eine humanitäre beansprucht und die Tatsache, einem Unterlegenen zur Seite zu stehen, der sich zudem im Recht befindet. Das scheint für diese Unterstützer als Rechtfertigung zu genügen, dass mit ihren Waffen Menschen, Soldaten der Gegenseite, ge- tötet werden, denn auch „defensive“ Waffen töten andere Menschen, in dem Fall den „Feind“.

DIESEN fatalen Kriegszwangs-Mechanismus und tödlichen Waffenzwang lehnen Militär- und Kriegsgegner radikal ab und stellen sich entschieden dagegen aus ebensolchen huma- nitären und ethischen Gründen. Sie achten menschliches Leben als höchstes zu bewahren- des Gut. Es gibt einen gravierenden Unterschied in der öffentlichen Behandlung der beiden entgegengesetzten Einstellungen. Zeitungen, Medien und das Fernsehen vor allem in seinen populären Polit-Talk-Formaten ergreifen neben ihrer angeblich „neutralen“, aber keineswegs nicht untendenziösen Berichterstattung überwiegend Partei für den Kriegs- und Waffen- zwang. Was über viele Jahrzehnte in Friedens- und Konfliktforschung an Erkenntnissen über Kriegsursachen und Einsichten in das Wesen von Konflikten und ziviler Konfliktaustragung erreicht und wissenschaftlich formuliert wurde, was als Lehre aus zwei verheerenden Welt- kriegern und dem Kalten Krieg zu ziehen ist, scheint mit einem Handstreich vom Tisch ge- wischt.

ALLSEITS befördertes Denken und Sprechen in Kriegs- und Gewaltkategorien erlebt rund- erneuert eine Renaissance. Professor Sönke Neitzel, einziger deutscher Lehrstuhlinhaber für Militärhistorie an der Universität Potsdam und Verfasser eines Buches „Deutsche Krieger“, findet das begrüßenswert und überfällig, das sei lange anders gewesen (phoenix-Runde, 7. April). Bundeswehr-Generäle a. D., die das auch so sehen, sind wieder gefragt und bedienen sich ungeniert einer Kriegsrhetorik. Man verzeichnet ein Bild der Bundeswehr, eine der noch immer am besten gerüsteten Streitkräfte der Welt, als „*kümmmerliche Armee*“ (Brigadegeneral a. D. und Ex-Militärberater von Kanzlerin Merkel, Erich Vad, bei phoenix-Runde vom 6. Ap- ril). Derselbe Vad ist allerdings auch erfahrener Berufsmilitär genug, um vor der Gefahr eines „Wegs in den Dritten Weltkrieg“ zu warnen, indem schwere Angriffswaffen an die Ukraine geliefert werden. Mit der Abgebrühtheit des Militärs stellt er fest, dass die bisherigen Grau- samkeiten und Gräueltaten nicht aus dem üblichen Kriegsrahmen fallen würden nach dem Motto, wo gehobelt wird, fallen Späne. Zugleich plädiert er dafür, den Gesprächskanal zu Putin of- fenzuhalten und warnt davor, den russischen Präsidenten quasi als Ungeheuer zu dämoni- sieren. Bei seinem Besuch des neuen russischen Weltraumbahnhofs im sibirischen Wostot- schny äußerte er sich im Beisein des verbündeten belarussischen Autokraten Lukaschenko zu dem als „Militäraktion“ bezeichneten Angriff auf die Ukraine, sie diene der „Sicherheit“ seines Landes. Die Ukraine sei in einen „*antirussischen Brückenkopf*“ verwandelt worden, in dem „*Sprossen von Nationalismus und Neonazismus kultiviert*“ worden seien. Man habe kei- ne andere Wahl.

DER SPD-Politiker Ralf Stegner vom Bundestags-Auswärtigenausschuss legte bei „maischberger“ nach und spricht von einer Bundeswehr, deren *Flugzeuge nicht fliegen, Schiffe und Panzer nicht fahren* würden. Die, die bei der Truppe jeden Tag mit solchem milli- ardenteurem „Schrottgerät“, das angeblich nichts taugt, zu tun haben, müssen sich durch solche Aussagen völlig veräppelt und konterkariert vorkommen. Sie sind so unzutreffend und

falsch wie seinerzeit im Afghanistan-Krieg die Behauptung von SPD-Verteidigungsminister Peter Struck, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt. Diese Falsch-Formel bekommt neue ideologische Nahrung durch Aussagen wie der des Grünen-Mitglieds und Leiters der Denkfabrik „Zentrum Liberale Moderne“, Ralf Fücks“, der sich in Plasbergs „Hart-aber-fair“-Runde zu der Feststellung verstieg: *„Es ist immer noch nicht wirklich klar, dass die Ukraine auch für uns kämpft – für unsere Sicherheit, für unsere Freiheit, für die europäische Sicherheit“*. (ARD-Sendung vom 11. April).

SOLCH bewusst verdrehendes Reden ist die wirkliche „Zeitenrückwende“. Putins Vorgehen und der jahrelange westliche „Prolog“ dazu sind ein schwerer Rückfall in das Denken des Kalten Kriegs und in Bedrohungsszenarien hochgerüsteter Blockkonfrontation früherer Zeit. Auch die Kirchenleitungen hierzulande schweigen auffallend zum ganzen Geschehen. Es gibt kein eindeutig verwerfendes ökumenisches „Wort der Kirchen“ gegen den Krieg und Waffenzwang, sieht man vom Papst in vorösterlichen Erklärungsnotizen ab. Der Pontifex küsst gestenreich eine ukrainische Fahne aus Buca und der Vatikan spendet mildtätig-caritativ Rettungstransportfahrzeuge. 1940 brach der neue britische Premier, Winston Churchill, die Hinhalte-Verhandlungen mit Hitler-Deutschland ab und verkündete in seiner Blut-Schweiß- und-Tränen-Kriegsrede die Parole, man kämpfe gegen die Lüge der Diktatur im Namen der halben Wahrheit der Demokratie.

DIE Seite, die schwere Bedenken gegen Krieg und das Töten von Menschen erhebt, kommt darüber in der öffentlichen Debatte so gut wie nicht zu Wort. Parlamentarisch sind die Kritiker nahezu ausgegrenzt, allenfalls gibt es demokratischen Rückhalt in der kleinen Linkspartei-Fraktion, der angesichts einer erwarteten Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag für eine Große Kriegs- und Waffenkoalition nicht ins Gewicht fällt und die in aktuellen Umfragen unter fünf Prozent abrutscht. Während die Zustimmungswerte für die Kriegs-Interventionisten vor allem in SPD und grüner Partei, Habeck, Scholz, Baerbock, Kretschmann, steigen (vgl. neueste Ergebnisse bei ARD-DeutschlandTrend und ZDF-Politbarometer). Nur die rechte AfD ist sonst noch dagegen, ausgerechnet. Gegen den Ukraine-Krieg als „Verteidigungskrieg“ mit Waffeneinsatz samt Waffenlieferungen zu sein, wird dadurch diskreditiert, als falsch hingestellt, ja sogar zum Teil als „verantwortungslos“ verurteilt. *Willst du denn, dass man sich Putin beugt?* – bekommt man zurzeit vielerorts privat zu hören. Es ist Teil einer verkürzten Einstellung, die die russische Invasion absolut an den Anfang setzt, als hätte diese keine Vorgeschichte. Krieg und Kriegsbeteiligung scheinen nicht mehr grundsätzlich geächtet zu sein. Das verbucht deutsche Politik zwingend als „Zeitenwende“ (Kanzler Scholz). Man macht sich bedenkenlos zum Komplizen von verbaler Kriegsbefürwortung. Das alles wurde zum Teil schon mehrfach an dieser Stelle angesprochen und problematisiert und kann nicht oft genug wiederholt werden.

WAFFEN sind nie nur dazu da, defensiv zu sein und verteidigend eingesetzt zu werden, man kann mit Panzerfäusten und Abwehrraketen auch angreifen und muss es sogar, um effektiv zu sein. Da mag ein fragwürdiger Talk-Kommentator wie Gabor Meingart (The Pioneer) bei „maischberger“ (vom 6. April) bedauern, dass seitens des Westens *die Patrone im Revolver bleibt*. Die Grenzen beim Waffeneinsatz verwischen jedoch immer mehr. Waffen, die tödlich sein können, sind dazu da, Menschen das Leben zu nehmen. Auch wenn es „Feinde“ sind, die „Massaker“ oder Gräueltaten verüben. Soldaten töten auf Befehl und identifizieren sich ideologisch indoktriniert und manipuliert damit. Der bereits erwähnte Nikolaus Koch schrieb zur Frage *Sind Soldaten potentielle Mörder?*: *„Planmäßig bereiten sie sich auf Mord vor. Wenn Morden als geplantes Mord verstanden wird, sind sie potentielle Mörder. Solange alle Kriegsparteien den Soldatentod auf dem Schlachtfeld beja-*

hen, sind Soldaten keine Mörder. Sie töten und lassen sich befehlsgehorsam töten. Sie können private Tragödien auslösen. Aber ihre ‚Welt‘ bleibt in ‚Ordnung‘, solange Befehlsgehorsam in ‚Ordnung‘ bleibt. Soldatisches Töten wird kritisch, wenn aus gegenseitigem Töten auf dem Schlachtfeld Töten von Nichtsoldaten, von Männern, Frauen und Kindern wird. Auch im ‚legalen‘ Krieg gibt es Notwehr, Notrecht, Plünderung, Vergewaltigung, ‚ziviles‘ Töten. Welches Recht haben Soldaten, den Tod von Nichtsoldaten zu üben und zu praktizieren? Gibt es ein ‚Kriegsrecht‘, das Massentöten erlaubt? Gibt es ein ‚Kriegsrecht‘, das die Auslöschung von Millionen und Abermillionen erlaubt? Gibt es ‚Kriegsrecht‘, die ganze Menschheit auszulöschen?“ (N. Koch: „Die Deutschen in der vierten Revolution“, 1989, S. 25/26). Der Frieden ist der Ernstfall, bemerkte Gustav W. Heinemann, nicht der Krieg. Zur ethischen Ablehnung des Tötens kommt hinzu, dass Pazifismus Krieg und Kriegsvorbereitung auch aus politischen Gründen verwirft und ablehnt.

IN der Ukraine besteht eine Wehrpflicht. Bei Beginn des Krieges erließ der ukrainische Präsident die Verordnung, dass alle wehrfähigen Männer zwischen 18 und 60 Jahren sich zur Verfügung zu halten hätten und das Land nicht verlassen dürften. Wer sich dem durch Verweigerung oder durch Sich-absetzen entzieht, muss mit Sanktionen und Bestrafung rechnen. Bisher wurden vom ukrainischen Grenzschutz 2.200 wehrpflichtige Männer am Verlassen des Landes gehindert. Sie sollen wie es heißt zum Teil durch Bestechung von Beamten und mit gefälschten Dokumenten versucht haben, außer Landes zu gelangen. Ebenso gibt es auf russischer Seite wehr-/kriegsflüchtige Männer. Dort sollen laut Medieninformationen (ZDF-auslandsjournal vom 8. April) schon tausende junge Männer das Land verlassen haben und zum Teil in Länder wie Georgien geflüchtet sein, da immer wieder neue Wehrpflichtige für den Krieg eingezogen werden, zuletzt sind 60.000 Reservisten mobilisiert worden. Die Friedensarbeitsstelle Connection e.V. in Offenbach verfügt über Kontakte zu Verweigerern in der Ukraine und in Russland (siehe www.connection-eV.org). Die deutschen Waffenzwangs- und Kriegsbefürworter können eine Verweigerungshaltung auf ukrainischer Seite kaum gutheißen. Es gibt keine Stellungnahmen aus der Politik dazu. Das Thema wird bedenklich ausgespart und tabuisiert.

SOGAR die Überlegung einer Reaktivierung der 2011 von CDU/CSU/FDP ausgesetzten Wehrpflicht hierzulange wurde ob der angeblichen „Bedrohung von außen“ in den Raum gestellt. Freilich ließen gewichtige Stimmen aus dem Verteidigungsausschuss und die SPD-Verteidigungsministerin Lambrecht selbst, eine Debatte darüber gar nicht erst aufkommen. Zu teuer, zu aufwändig, ineffektiv angesichts der Tatsache, dass man heute gut ausgebildete Spezialisten beim Tötungshandwerk brauche, was nur die gegenwärtige Berufs- und Zeitsoldaten-Armee gewährleisten könne. In West-/Deutschland gibt es seit Geltungsbeginn des Wehrpflicht-Gesetzes in den 1960er Jahren geschätzt etwa 2,5 bis 3 Millionen Kriegs- und staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer. Viele davon haben das 60. und 70. Lebensjahr bald erreicht oder schon überschritten. Besonders in den Jahren vor Aussetzung der Wehrpflicht verweigerten jährlich über 100.000 den Kriegsdienst. Allein durch ihre hohe Zahl war die Kriegsdienstverweigerung ein politischer Störfaktor. Objektiv hielt sich die Wehrpflicht nur noch durch die Existenz des Zivildienstes.

ERLAUBT und anerkannt wurde im Grunde nur die unpolitische, private Gewissens-Entscheidung. Wer politisch verweigerte, selbst wenn er dies brillant begründete, und daraus seine Gewissensgründe lupenrein ableitete, hatte das Nachsehen und musste meist in einem mehrstufigen Instanzenweg bis hin zu Zivilgerichten um „Anerkennung“ kämpfen. Man könne ein Gewissen durchaus prüfen, wenn man zulässt, dass es sich auch aus politischen

Motiven und Überlegungen speisen kann, war Nikolaus Kochs Meinung, der die militärstaatliche Gewissens-Inquisition scharf kritisierte und stets ablehnte. Der Gewissensprimat des Einzelnen hatte für ihn Vorrang vor allem „Sekundat“ von Staat und Staatsapparat (siehe sein Aufsatz „Gewissensprimat und demokratische Autorität“, veröffentlicht 1983). Es ist beabsichtigt, diesen Aufsatz noch in diesem Jahr wieder als Text zugänglich zu machen.

DAS schreckliche Verwüstungs- und Tötungsszenario von Butscha (ukrain.: Buca) mit vielen aufgefundenen Leichen auf den Straßen (man spricht bisher von über 400!), setzt ein erneutes Fanal gesteigerter barbarischer Kriegsführung gerade gegen die Zivilbevölkerung. Offensichtlich verübt von russischer Seite, während ihre Streitkräfte die nördliche und nordwestliche Zone um die Hauptstadt Kiew und auch die Stadt Tschernihiw nordöstlich davon besetzt hielten. 1.200 Tote wurden bisher in der Großregion Kiew gefunden, teils verscharrt in Massengräbern, immer mehr kommen hinzu. Russische Soldaten und – wie von Zeugen immer wieder bestätigt wird – vermutlich auch tschetschenische und Söldner-Soldateska, zerstören, plündern, rauben, töten wahllos, vergewaltigen in einem Akt der Raserei und Vergeltung für den Frust des militärischen Misserfolgs und der eigenen Entbehrungen, dem die russische Militärführung weder ein (Kriegs-)Rechtsbewusstsein entgegengesetzt noch dem Wüten per Befehl Einhalt gebietet. Im Gegenteil wird zynisch und menschenverächtlich behauptet, es handle sich um gefakete und schauspielerisch gestellte Szenen der gegnerischen Seite. Selbst Zivilisten, die mit erhobenen Händen russischen Soldaten gegenübertraten, werden, wie ein ukrainisches Drohnen-Video zeigt, brutal niedergeschossen. Die russische Seite setzt Zivilbevölkerung und ukrainische Armee und Milizen gleich. Das erklärt zumindest teilweise diese schonungslose allgemeine Barbarei ohne zwischen zivil und militärisch noch zu unterscheiden. Es sind meist nicht die Leichen von ukrainischen Soldaten, die überall herumliegen.

DIE pazifistische Reaktion darauf übersieht oder übergeht diese offensichtlichen Bilder und Szenarien des Grauens nicht. Obwohl die ukrainische Seite sie zu propagandistischen Zwecken ge- und auch missbraucht, den Westen so unter Druck zu setzen, dass auch die letzten Bedenken und Hürden gegen Kriegseinmischung fallen gelassen werden. Wieder ist es hierzulande vor allem der ukrainische Botschafter Melnyk, der ein vermeintlich unentschlossenes Deutschland scharf angreift, obwohl ihm von offizieller Seite wiederholt klargemacht wird, dass man schon gewaltige Anstrengungen unternimmt, dem Waffenbedarf der Ukraine wenigstens in wichtigen Teilen entgegenzukommen.

MITTLERWEILE dürften schon für weit über 2 Milliarden Dollar und Euro Finanzmittel und Waffen in die Ukraine gegeben worden sein. Jüngst verlautete die Zusage des britischen Premiers Johnson bei einem Kiew-Besuch, der Ukraine 120 gepanzerte Fahrzeuge und Antischiffsraketen-Systeme zur Verfügung zu stellen. Inzwischen stehen auch deutsche Schützenpanzer „Marder“, ausgemusterte Leopard 1-Panzer und schwere Panzerhaubitzen auf dem möglichen Lieferportfolio. Eine zaudernde, aber nichtsdestotrotz Waffenhilfe klar befürwortende SPD-Verteidigungsministerin, die nicht alles *an die große Glocke gehängt* wissen will, was, wie und wann an deutschen Waffen in die Ukraine verschoben wird, ist jetzt ebenfalls ins Schussfeld geraten und bei Herrn Melnyk völlig in Ungnade gefallen. Sie sei in ihrem Amt *überfordert*, konterte beipflichtend Unionsführer Friedrich Merz.

INNERHALB der NATO findet seit dem Treffen ihrer Außen- und Verteidigungsminister in der vergangenen Woche ein wie es heißt „Umdenken“ statt. Insofern als es bei Waffenlieferungen nicht mehr darum geht, ob und welche, sondern alles an (Angriffs-)Waffen geliefert wird, was möglich und entbehrlich ist und wonach die Ukraine verlangt. Nicht möglich sind

nach wie vor spezielle westliche Waffensysteme wie etwa schwere Panzer oder Flugzeuge, die eine längere Einweisungs- und Trainingszeit für Besatzungen und Piloten von mehreren Monaten bis zu einem Jahr erfordern würden. Zudem fehlt es an Bedienanweisungen in kyrillischer Sprache. Anders verhält es sich mit russischen T-72 Panzern, die in Tschechien bereit stehen und jetzt an die Ukraine geliefert werden sollen. Da die Bundeswehr eigenes Rüstungsmaterial nur begrenzt abgeben kann und selbst beansprucht, soll der Weg frei gemacht werden, dass sie im Ringtausch mit der Industrie eigenes Material an die Ukraine weitergibt und dafür die Rüstungsindustrie die entstandenen Lücken wieder auffüllt, wie es der CDU-Außenpolitiker und Oberst a. D., Roderich Kiesewetter, vorschlägt (heute journal. ZDF, 10. April). Oder dass die Ukraine sich Waffen direkt bei deutschen Rüstungsproduzenten wie *Rheinmetall AG* beschaffen kann. Nach und nach fallen im Zuge einer festzustellenden „Totalisierung“ alle Bedenken und Hürden bei der Kontrolle einer Waffenweitergabe und Zurückhaltung in diesem Punkt. Vizekanzler Habeck brachte es gerade gegenüber ProSieben und SAT.1 salopp auf den Punkt: „*Jetzt muss das Zeug da runter*“. Und weiter: „*Wir [sic!] erwarten den Angriff in den nächsten Tagen. Alles, was hilft, muss geliefert werden*“. Bei Habeck scheinen mehr und mehr die Vernunftkräfte zu schwinden. Diese Politiker wollen sich einfach nicht mehr differenziert die Köpfe zerbrechen.

DAS Militär der USA bringt nach eigenen Angaben weiter täglich große Mengen Waffen und Munition in die Ukraine. Pro Tag landen 8-10 Großraumflugzeuge der Galaxy-Klasse mit Waffen und Munition in der grenznahen Region, so der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby. Die Waffen würden schnell auf Laster umgeladen und in die Ukraine transportiert. Es werde auch weiter Waffenlieferungen geben, „*so viel wir können, so schnell wir können*“, so Kirby. Auch die Grünen-Außenministerin Baerbock wirbt jetzt für schwere deutsche Waffen für die Ukraine, ohne in Details zu gehen. „*Die Ukraine braucht weiter militärisches Material – vor allen Dingen auch schwere Waffen*“, um sich wehren zu können, stellte sie unter dem Eindruck der „*furchtbaren Bilder des Schreckens*“ der letzten Tage fest, die mehr als deutlich machten, dass die von Russland angegriffene Ukraine zusätzlich militärische Unterstützung brauche.

KANZLER Scholz tritt gegenüber Baerbock auf die Bremse und versichert, es gäbe in dieser Frage keinen deutschen Alleingang ohne EU-Abstimmung. Die Verteidigungsausschuss-Vorsitzende Strack-Zimmermann (FDP) attestiert ihm darauf ganz im Sinne ihres Militäramtes „*Ladehemmung*“. Aber Scholz ist auch nicht mehr ganz EU-update, die neuerdings mit großer Mehrheit die Schwere-Waffen-Variante geradezu forciert und propagiert. Scholz zögert und spielt auf Zeit, ohne einen Macron an seiner Seite, den die Präsidentenwahl in Frankreich (27,6 bis 28,3 % im ersten Wahlgang) noch bis zur Stichwahl am 24. April gegen Le Pens *Rassemblement Nationale* (23,0 bis 23,3 %) gerade voll in Anspruch nimmt. Es wäre eine mittelschwere europäische Katastrophe, würde Macron im zweiten Lauf die Wahl gegen die nationalen, europafeindlichen Rechten um Le Pen und den rechtsextremen Zemmour mit zusammen rund 30 Prozent! verlieren. Macron warnte vor voreiliger Siegesgewissheit, nichts sei bisher entschieden.

DER ukrainische Außenminister, Dmytro Kuleba, nahm das NATO-Treffen einmal mehr zum Anlass, sich darüber zu beklagen, dass es 2008 ein *strategischer Fehler* gewesen sei von Deutschland und Frankreich, sich gegen einen NATO-Beitritt seines Landes zu stellen. „*Wären wir ein NATO-Mitglied, gäbe es diesen Krieg nicht*“. Das freilich könnte man auch ganz anders herum verstehen der Art, dass es gerade dann einen solchen Krieg als Weltkrieg schon viel eher hätte geben können. Weiter betonte er gegenüber dem US-Fernsehsender NBC: „*Sie versorgen uns mit allem, was wir brauchen, damit Sie nicht in den*

Kampf einsteigen müssen, wenn Putin beschließt, Artikel 5 des Nordatlantikvertrags zu testen und eines der NATO-Länder anzugreifen“. Man scheint einen solchen russischen Schritt geradezu herbeireden oder -wünschen zu wollen.

BOTSCHAFTER Melnyk wird als Kriegspropagandist nicht müde anzuprangern, von den Deutschen käme alles viel zu langsam und davon nur portionenweise etwas in seinem Land an. TV-Moderator:innen wie Frau Maischberger bieten ihm dafür ihre Formate als Verkündigungs-Plattform an, wofür sich zu bedanken er nicht müde wird. Da nützt es ihr auch wenig, den LINKEN-Außenpolitiksprecher Gysi gegen die FDP-Verteidigungsausschuss-Vorsitzende Strack-Zimmermann scheindebattierend um so gut wie nichts antreten zu lassen (Sendung vom 6. April). Gregor Gysi ist nicht unbedingt der „Paradeantimilitarist“ der Linkspartei, die ohnehin nicht einig pazifistisch eingestimmt ist und auftritt. Es gibt in ihren Reihen nicht wenige verkappte Versteher Putins als „objektivem“ Antiimperialisten, wie es auch einzelne DKP-Vertreter sehen. Die Umfragen quittieren dies mit nur noch 4 Prozent Zuspruch für die LINKE.

DIE Ukraine hat trotz zahlenmäßig erheblicher militärischer Nachteile nach wie vor starke taktische Kriegsvorteile gegenüber Russland: dazu gehört neben dem ideellen Kampfeswillen eines ganzen Volkes (der den russischen Militärzorn provoziert) der von ihr asymmetrisch-hybrid geführte Verteidigungskampf nach Partisanenart im Verbund mit kleinen beweglichen Kampfgruppen der regulären Streitkräfte. Dieser schließt natürlich auch lokale Offensiven ein. Für regionale fehlen ihr derzeit noch die militärischen Mittel, schwere Panzer, Flugzeuge, Kampfhubschrauber, Mehrfachraketenwerfer, Mörser, schwere Artillerie und die Transportmittel, diese strategisch in Stellung zu bringen. All das wünscht und erhofft man sich in Kiew vom Westen. Es ist klar, dass wenn dieses ganze Rüstungsgerät in die Schlacht geführt würde, in der Ukraine kein Stein mehr auf dem anderen bliebe und es nicht nur Zehntausende wie jetzt schon, sondern Hunderttausend und mehr Zivil- und Militärtote geben würde. Bürgermeister Wadym Boitschenko der seit Wochen belagerten und umkämpften Hafencity Mariupol nahe der russischen Grenze, die einmal fast eine halbe Million Einwohner zählte, vermeldet, dass in diesem Zeitraum bereits mehr als 10.000 Menschen starben. Es könnten angesichts der vielen Leichen auf den Straßen auch 20.000 sein, sagte er gegenüber der Nachrichtenagentur Associated Press.

DER zweite große Vorteil, ist die High-Tech-Satelliten- und Drohnenaufklärung, die die USA zur Verfügung stellen, die präzise Gegenschläge ermöglicht und eigene Verluste klein hält. Über eine US-Empfangsstelle in Rumänien gelangen die Daten in die Ukraine. Sogar modernisierte, extrem in über 20 Kilometern Höhe über der Ukraine operierende U2-Aufklärer als langlebigste Spionageaufklärer der USA, werden wieder eingesetzt. Bereits sieben russische Generäle sollen mit ukrainischen Drohnenangriffen gezielt getötet worden sein. Die 20 türkischen Bayraktar-Drohnen der Ukraine sind mit Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen ausgestattet.

DAS sind „Enthauptungsschläge“, die ganze Armeeteile desorientieren und führungslos zurücklassen. Die beratende Handschrift des US-Pentagon und der CIA ist unverkennbar. Die russische Militärseite beklagt offiziell um 1.400 Gefallene. Ukrainische Stellen sprechen vom Zehnfachen, das wäre bereits die Zahl an Toten (12.000), die es in zehn Jahren Afghanistan-Krieg gab. Auch deshalb wird wohl seitens Russlands auf der unteren Befehlsebene so wahllos vandalisierend und terrorisierend gehandelt. Dafür mitverantwortlich ist auch die strategische Absicht der Ukraine-Armee, die mittlere und obere Führungsebene russischer

Offiziere möglichst auszuschalten, um Befehlsketten zu unterbrechen. Krieg hat immer zwei hässliche Seiten. Es gibt darin keine „Guten“.

ES kann nicht die Absicht der pazifistischen Seite und Kritik sein, sich auf diese Aspekte allzu sehr zu beziehen und Ebene einzulassen. Leicht gerät man darüber selbst in den angeordneten Eskalationssog. Es ist Krieg und es wird auf allen Seiten umgebracht. Je länger es dauert desto brutaler geht es zu. Es geht vorrangig um Recht, Menschenrecht, Menschenwürde, Ethik des Menschlichen und Wert des menschlichen Lebens, die es zu schützen und erhalten gilt mit adäquaten Mitteln und auf allen Seiten! Auch um die Verantwortung, nicht nur Gesinnung des und der Einzelnen für Frieden. Nicht zuletzt geht es um Wahrheit der Fakten. Und es geht um Ursachen und Wirkungen, die in diesen Krieg führten, die kritisch zu bedenken und aufzubereiten sind.

IST erstmal Krieg, ist es dafür meist zu spät und sprechen Waffen im Waffenkrieg, den Antimilitarist:innen und Pazifist:innen weder politisch noch ideologisch unterstützen und mittragen. Als Friedenstätter:innen sind sie Kriegsverräter:innen. *„Kriegsverrat ist Friedenstat“* war das Leitmotiv des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann (+2018). Alfred Andersch, Siegfried Lenz, Hardy Krüger, Otl Aicher, Gerhard Zwerenz waren als junge Soldaten Kriegsdeserteure. Ebenso wie der 2021 in Münster im Alter von 94 Jahren verstorbene Lehrer, Publizist, Volks- und Heimatkundler und Mundartdichter, Rainer Schepper. Das wäre einzubringen und als Einstellung von den direkten und indirekten Kriegsparteien zu fordern. Anderes wird realistischer weise kaum möglich sein. Bis sich beide Seiten in einer Art Patt erschöpfen, wird es noch eine ganze Weile dauern und werden noch viele sterben. In weiteren Massakern und verheerenden Dörfer- und Städtezerstörungen. Daran ändern auch die vielen Waffenlieferungen nichts, im Gegenteil. © Elmar Klink, D-Bremen, 13. April 2022.

| **Weiterführender Lesestoff/Quellen:** **Sigmund Freud:** Warum Krieg? Zwei Schriften („Zeitgemäßes über Krieg und Tod“; in: Imago, 1915; Albert Einstein / Sigmund Freud: „Warum Krieg?“. Briefwechsel 1932). Stuttgart 2012 - **Jörg Kronauer:** Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen. Köln 2022 - **Ludwig Baumann** (unt. Mitwirkung von Norbert Joa): Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs. Freiburg i. Br. 2014 - **Rainer Schepper:** Ich war Deserteur. Reminiszenzen aus dem Jahre 1945. Münster 2009 - **Gerhard Zwerenz:** „Soldaten sind Mörder“. Die Deutschen und der Krieg. München 1988 - **Nikolaus Koch:** Kriegsdienst und Friedensdienst (Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung). Witten-Bommern 1954 - **Nikolaus Koch / Bodo Manstein:** Die Freiwilligen. Ausbildung zur gewaltfreien Selbsthilfe und un militärischen Verteidigung („Freiwilligen-Fibel“). Göttingen 1959. Es ist geplant, noch in diesem Jahr wesentliche Auszüge aus beiden Quellen in einem Texte-Band zu Nikolaus Koch zu veröffentlichen. Bis dahin gäbe es die Möglichkeit, Anfragen nach Schriften und Broschüren von Nikolaus Koch zu richten an die Versandstelle: pad-Verlag@gmx.net. Eine Liste der Schriften und Aufsätze von Nikolaus Koch gibt es beim Verfasser, Kontakt: Elmar.Klink@gmx.de. - **C. W. Büttner, G. Jochheim, N. Luer, T. Schramm (Hg.):** Politik von unten. Zur Geschichte und Gegenwart der Gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert zum 60. Geburtstag. Sonderband der ‚gewaltfreien aktion‘, Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, Heft 111/112, 29. Jg. - 1./2. Quartal 1997 |